

„Kämpfen habe ich gelernt“

Im Treppenhaus auf dem Weg zur Reutlinger „Arbeitslosenberatung“ in der Oberamtei-straße hängt ein Plakat mit der Überschrift: „Kein Job ist so hart wie gar keiner“.

Dort habe ich mich zu einem Gespräch mit Frau S. verabredet. Erika S. ist eine attraktive Frau Anfang fünfzig, Bürokauffrau, seit drei Jahren arbeitslos und sie schildert eindrucksvoll, wie sie in diesen Jahren gelernt hat um ihr Recht zu kämpfen. Ihr Fall ist typisch für „ganz normale“ Biografien, wie sie millionenfach seit Einführung der „Arbeitsmarktreformen“ der rot-grünen Schröder-Regierung zum deutschen Alltag gehören. Weniger typisch ist, dass sie sich wehrt, dass sie an die Öffentlichkeit geht, in Internetforen diskutiert und sich dort informiert und dass sie Unterstützung sucht und findet bei einer Einrichtung wie der Ar-

unangemessen und sie müsse sich nach einer kleineren Wohnung umsehen: bis zu 45 m² bei einer Kaltmiete bis 225 €. „Für das Geld gibt es nichts. Nicht einmal auf der Alb“ sagt sie. Dabei ist ihre Dreizimmer-GWG-Wohnung, in der sie seit neun Jahren lebt, mit einer Warmmiete von 421 € außerordentlich günstig, doch das Gesetz kennt keine Gnade. So sucht Frau S. nach einer „angemessenen“ Mietwohnung bis 225 € und bleibt - wen wundert das? - erfolglos, worauf ihr Wohngeld um 80 € gekürzt wurde. Erika S. erhebt Widerspruch und erhofft Einsicht beim Sozialgericht.

Ein Zimmerchen mit 18 m²

Doch als sie dort argumentiert, dass eine 225 €-Wohnung nicht zu finden sei, hält ihr der Richter eine Zeitungsanzeige unter die Nase: Ein Zimmerchen mit 18 m² für 200 €. Vielleicht kennt er so etwas aus seiner Studenzeit und meint wohl deshalb, das müsse für eine fünfzigjährige Frau doch ausreichend sein und vermutlich kann er sich nicht einmal vorstellen, dass sich die Frau von ihm verhöhnt fühlt. Immerhin wurde die Kürzung um 20 € reduziert. Frau S. bemüht sich jetzt um eine Tauschmöglichkeit, doch ungeklärt bleibt, wie sie die anstehenden Renovierungs- und Umzugskosten finanzieren soll. Das Jobcenter lehnt jedenfalls eine Finanzierung ab.

Der nächste Hammer ließ nicht lange auf sich warten: Als Maßnahme zur Wiedereingliederung wurde sie auf Kurse geschickt: „Letzten Sommer war ein Kurs, bei dem ich vier Wochen lang stundenlang im Internet gesurft habe und sonst nichts. Das war dann der Kurs. Aber man ist von der Straße weg und aus der Statistik raus.“ Auch ein

„Kompetenztraining“ hat sie absolviert: Wie man sich schminkt und kleidet für ein Vorstellungsgespräch. Und das bei zwei Angeboten, die sie seit Fortsetzung S.2

Kritisch betrachtet

Staatsverschuldung

Alle klagen über Schulden: Kommunen, Länder und Bund. Wir beleuchten den Hintergrund.

Richtig ist: Der deutsche Staat ist hoch verschuldet, derzeit mit insgesamt etwa 1.500 Milliarden Euro. Rund 67 Milliarden Euro mussten Bund, Länder und Gemeinden dafür im Jahr 2007 an Zinsen bezahlen, das sind über 10% ihrer gesamten Ausgaben. Die neoliberalen Ideologen der Blockparteien fordern deshalb „Steuersenkungen“ und „Abbau öffentlicher Leistungen“.

Die Ursachen der Staatsverschuldung

Die neoliberale Propaganda führt die Finanznot und wachsende Verschuldung der öffentlichen Haushalte auf übermäßig gestiegene öffentliche Ausgaben zurück. Tatsächlich aber sank der Anteil der Ausgaben von Staat und Sozialversicherungen am Bruttoinlandsprodukt (also der wirtschaftlichen Leistung) von 2000 bis 2008 von 47,6% auf 43,5%.

Die gegenwärtige Verschuldung der öffentlichen Hand in Deutschland hat vielmehr drei andere Ursachen:

- * die Kosten für die falsch finanzierte Wiedervereinigung (einmaliger zeitlich begrenzter Faktor),
- * die wirtschaftliche Stagnation von 2001 – 2005
- * und von entscheidender Bedeutung die Steuergeschenke an die Reichen durch die Kohlregierung und die rot-grüne Regierung.

Die Entscheidung der Kohlregierung, die Kosten für die Wiedervereinigung nach 1990 nicht Fortsetzung S.2



Frau Erika S.

beitslosenberatung in Reutlingen.

Seit Mai 2007 erhält Frau S. „Arbeitslosengeld 2“. Damit verbunden war gleich ein Brief des Jobcenters mit dem Hinweis, ihre Wohnung sei

Fortsetzung: „Kämpfen habe ich gelernt“

Januar vom Jobcenter erhalten hat. Beide waren übrigens „schon besetzt“. Bei einem Callcenter hat sie trotz innerer Widerstände vorgesprochen. „Ich kann den Leuten nichts aufschwätzen und ich selbst lege bei solchen Anrufen sofort auf. Aber ich hab's probiert.“ Vergeblich. Untätigkeit kann

Randbemerkung zur Erinnerung:

Peter Hartz, der „Vater“ dieses sozialpolitisch verhängnisvollen Hartz IV-Gesetzes wurde 2007 im Zusammenhang mit der VW-Schmiergeldaffäre wegen Veruntreuung von 2,6 Mio. Euro zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren auf Bewährung verurteilt. Wenn man dieses Strafmaß umrechnen und beispielsweise auf einen Bankräuber anwenden würde, der 20 000 € erbeutet hat, hieße das: 4 Tage (!) Freiheitsstrafe auf Bewährung.

man Frau S. nicht vorwerfen. Sie wollte einen Kurs für Buchhaltung und/ oder die Firmensoftware SAP, weil sie bei ihrer unermüdlichen Suche festgestellt hat, dass derartige Qualifikationen bei vielen Angeboten vorausgesetzt werden. Solche Kurse werden vom Reutlinger Jobcenter für ALG2 Empfänger nicht finanziert, erwiderte ihre Sachbearbeiterin.

Doppelt geschminkt = mehr Arbeitsplätze?

Dafür sollte sie zu einem zweiten Kurs, in dem sie lernt, wie man sich schminkt und kleidet: „Kompetenztraining“. „Das soll wohl ein Witz sein“ denkt sie und lehnt schließlich ab, weil man ihr eine RSV-Monatskarte, die sie bräuchte, um den Kurs zu besuchen, verweigert. Diese „Ablehnung einer Wiedereingliederungsmaßnahme“ hat zur

Folge, dass jetzt ihr ALG2 ab September um 30% gekürzt werden soll. „Dann hätte ich nach Abzug der Kosten für Strom, Heizung, Wasser, Internet und Telefon gerade noch 25 € zum Leben im Monat. Zum Glück bin ich alleinstehend – wie wäre das erst mit Kindern?“ Jetzt hat sie erneut Widerspruch eingelegt und klagt gegen den Bescheid. „Ich habe überhaupt nichts anderes im Kopf, ich wache morgens damit auf, ich gehe abends damit ins Bett.“ Die Arbeitslosigkeit und der Kampf mit dem Jobcenter um ihr zustehende Rechte prägen Tage und Nächte: Widersprüche formulieren, bei Internetforen erkunden, wie man so etwas schreibt, Gesetzestexte lesen, zur Arbeitslosenberatung gehen: „Das ist der reinste Ganztagsjob.“ Erika S.: „Man muss sich ja wehren irgendwie, auch wenn's nichts bringt.“ Und leise, fast wie im Selbstgespräch fügt sie hinzu: „Kämpfen habe ich gelernt.“

py

„Solche Wohnungen gibt es nicht mehr“

In Reutlingen lebt etwa die Hälfte der Hartz IV Bezieher in Wohnungen, die teurer sind, als vom Jobcenter erlaubt. In einer Übergangszeit von 6 Monaten soll sich der Betroffene nach einer billigeren Wohnung umschauen: 45 m² bei einer Miete von 225 €, dann wird das Wohngeld gekürzt.

Doch solche Wohnungen „gibt's eigentlich nicht mehr“, so der Sozialdezernent der Kreisverwaltung, Andreas Bauer (GEA, 30.04.08) Von etwa 3 000 Wohnungssuchenden bei der GWG in Reutlingen sind etwa 1 000 Geringverdiener mit Berechtigungsschein.

Hartz IV

Arbeitslos, HARTZ IV, ALG I und II?

Keine Angst vor Formularen und Terminen! In der Beratungsstelle des Vereins Arbeiterbildung bekommen Sie kostenlose Beratung und Hilfe

- * bei Überprüfung von Arbeitslosen- und Sozialhilfebescheiden
- * bei Widersprüchen
- * beim Ausfüllen von Anträgen für Arbeitslosengeld I und II
- * Begleitung bei Terminen mit Behörden, Arbeitsamt und Sozialgericht

Telefon 0 71 21 / 23 99 97

Fax 0 71 21 / 20 42 05 oder Email: beratung@arbi-rt.de

Erwerbslosenfrühstück:

Freitags ab 10:00 (offen für alle)

DIE LINKE. fordert:

Durch die Hartz-Gesetze, besonders Hartz IV, hat sich die Situation Millionen Arbeitsloser und ihrer Familien massiv verschlechtert. Hartz IV ist Armut per Gesetz und muss grundsätzlich überwunden werden!

- * Zusätzliche Arbeitsplätze statt 1-Euro-Jobs.
- * Die sofortige Anhebung von Hartz IV auf 420 Euro, Erhöhung der Freibeträge für Ersparnisse zur Alterssicherung und keine Anrechnung von Partnereinkommen.
- * Die Einführung einer bedarfsorientierten sozialen Grundversicherung.
- * Umverteilung der vorhandenen Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung und Abbau von Überstunden.

Fortsetzung: Kritisch betrachtet: Staatsverschuldung

über höhere (Reichen)Steuern, sondern durch zusätzliche Verschuldung zu finanzieren, führte im Ergebnis zu einer Verdoppelung des Schuldenstandes von 1991-1997 auf über 1.100 Milliarden Euro. Seit 2001 erhöhte sich das öffentliche Defizit trotz der gewaltigen unsozialen Einschnitte in die öffentliche Daseinsvorsorge massiv um zusätzlich über 80 Milliarden Euro jährlich, was zum Teil auf die wirtschaftliche Stagnation (2001 - 2005), vor allem aber auf die die enormen Steuersenkungen durch die sog. „Reformen“ zurückzuführen ist.

Welche Wirkungen hat die Staatsverschuldung?

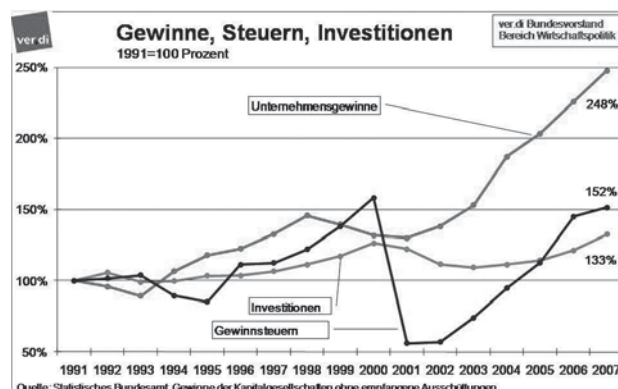
In der neoliberalen Ideologie wurden Steuersenkungen, Sozialabbau und Lohndumping als unabdingbar und alternativlos damit begründet, daß dadurch Anreize für die Unternehmen geschaffen würden, zu investieren und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Diese Politik führte jedoch nicht zu neuen regulären Vollzeit Arbeitsplätzen und die

versprochenen Investitionen haben die Steuer geschenke nicht gebracht. Der „Abbau“ der Arbeitslosigkeit fand fast ausschließlich durch Änderungen der statistischen Zurechnung und durch neue prekäre Arbeitsverhältnisse statt - wobei auch viele früher reguläre Arbeitsplätze in prekäre Verhältnisse umgewandelt wurden. Die Folgen dieser Politik waren: die Entstehung eines nach-

haltigen Armutssektors (heute zwischen 6 und 10 Millionen Betroffene), sie führte zu massenhaften prekären Arbeitsverhältnissen und damit ist diese Politik die andauernde Ursache für die hohe Staatsverschuldung.

Die Staatsverschuldung ist gleichzeitig auch eine Form der Umverteilung. Wenn die Steuereinnahmen wegen der „Reformen“ ausbleiben, leiht sich der Staat Geld bei denen, die Geld „übrig haben“. Nur müssen dann alle Bürger durch höhere Steuern (z.B. Mehrwertsteuer, die überproportional die Armen und die Normalbürger belastet) und höhere Abgaben und Gebühren (und teilweise auch durch höhere Bankzinsen für ihre Darlehen) die Zinsen dafür aufbringen. In diesem Sinne

Fortsetzung S.4



Wer war Fritz Wandel?

In der Liste der Ehrenbürger sucht man ihn vergeblich, es gibt keine Ehrentafel und keine Straße ist nach ihm benannt. Dabei gehört er zu den wenigen politischen Persönlichkeiten der 30er und 40er Jahre, auf die Reutlingen wirklich stolz sein kann.

Fritz Wandel, 1898 geboren, stammte aus Ebersbach an der Fils, seine Familie zog aber schon um 1900 nach Reutlingen. Er war das älteste von acht Kindern. Als sein Vater starb, war Fritz gerade 12 Jahre alt und musste schleunigst dazuverdienen, um die Familie über Wasser zu halten. Er ist unter anderem Tagelöhner bei der Firma Gustav Wagner („am Buckel“). 1916 wird er zur Wehrmacht eingezogen und gerät in Kriegsgefangenschaft, aus der er 1919 nach Reutlingen zurückkehrt. Er arbeitet in der Maschinenfabrik zum Bruderhaus und heiratet 1923 Klara Wurster, mit der eine Wohnung in der Tübinger Straße 33 bezieht. Die Straße begann damals noch am heutigen „Oskar-Kalbfell-Platz“ und mündete nach einem Bahnübergang am Westbahnhof in die Fortsetzung der gegenwärtigen Tübinger Straße.

KPD - Gemeinderat

Seine Wohnung war in Höhe der AOK, dort wird er auch noch im Reutlinger Adressbuch von 1937 als „Bulldoggführer“ aufgeführt, obwohl er sich da längst auf seinem „Weg durch die Hölle“ der Konzentrationslager befindet. Fritz Wandel ist Mitglied der KPD, offensichtlich ist er trotz mangelnder Schulbildung intelligent und rhetorisch hoch begabt und vor allem politisch sehr engagiert. Er wird 1931 als Kommunist Mitglied im Reutlinger Gemeinderat. 1933 schlägt seine Sternstunde für die Geschichte der Region:

Generalstreik in Mössingen

Die reaktionären Kräfte aus Politik und Wirtschaft hieften die NSDAP am 30. Januar an die Macht. Die Opposition im Reich war gespalten und verharrte wie gelähmt. Einzig und alleine in der Kleinstadt Mössingen wurde zum Generalstreik aufgerufen und dieser auch durchgeführt. Der Reutlinger Fritz Wandel führte die Streikenden an und war deren Hauptredner: „Wenn die Hitler-Regierung am Ruder bleibe, gebe es wieder Krieg und da wolle er lieber auf der Straße verrecken“, so wird er von einem Zeitzeugen wiedergegeben.¹ Der Streik blieb isoliert und wurde schnell zerschlagen. Wandel flüchtet. „Wo ist Stadtrat Wandel?“ schrieb der GEA am 21. Februar, denn angeblich wurde er in Reutlingens Straßen gesehen.² Später druckte der GEA den amtlichen

¹ Reutlingen 1930-1950, Katalog zur Ausstellung 1995, S. 43

² Reutlinger Generalanzeiger, 21.02.1933

Polizeibericht: „Heute früh wurden 15 kommunistische Funktionäre verhaftet, darunter auch der kommunistische Stadtrat Fritz Wandel.“³ Ob Wandels Leidensweg im neu errichteten KZ-Heuberg bei Stetten am kalten Markt beginnt, wie der GEA 2003 schrieb⁴, ist nicht ganz klar. Dort hätte er zumindest einige Bekannte getroffen. So ist der Reutlinger SPD-Fraktionsführer und spätere Oberbürgermeister Oskar Kalbfell einer der etwa 2000 Häftlinge. Auch Hans Freytag, GEA Mitherausgeber und Gründer der Fa.Packma ist dort als prominentes „Reichsbanner“⁵-Mitglied inhaftiert. Freytag hatte zuvor - offensichtlich vergebens - mit einer gehörigen Portion Opportunismus versucht, seinen Kopf aus der Schlinge zu ziehen: Ihn



Reutlinger Verwaltungsspitze Ende 1945 - von den Franzosen eingesetzt: Rechts Fritz Wandel (KPD), sitzend Oskar Kalbfell, sowie (v.l.) H. Kern und O. Künzel (alle SPD)

bewegten „im tiefsten dieselben Gründe, die heute auch die nationalsozialistischen Führer bei ihrem Streben um Deutschlands Einigung bewegen, nämlich der Wunsch, die deutsche Arbeiterschaft von ihren klassenkämpferischen Zielen weg an den deutschen Staat heranzuführen.“ So schrieb er selbst im Generalanzeiger.⁶

Die fürchterlichsten Wochen seines Lebens

Vermutlich wurde aber Wandel mit anderen „Landfriedensbrechern“ des Mössinger Aufstands gleich in Untersuchungshaft ins Reutlinger Amtsgefängnis gebracht⁷. Fritz Wandel wurde zu 4 ½ Jahren Gefängnis verurteilt, die er in „strenger Einzelhaft“ verbrachte, damit er „sein Gift nicht

³ Reutlinger Generalanzeiger, 11.03.1933

⁴ Reutlinger Generalanzeiger, 22.03.2003

⁵ „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ war eine SPD-dominierte Schutzorganisation gegen „Feinde der Republik“. Der Reutlinger Reichsbanner hatte zuvor auf Freytags Grundstück Schießübungen veranstaltet, was die Nazis H. Freytag anlasteten.

⁶ Reutlinger Generalanzeiger, 20.03.1933

⁷ Reutlinger Generalanzeiger, 21.03.1933

an die anderen Gefangenen weiter verbreiten könne“. Nach Ablauf seiner Haftzeit wurde er in „Schutzhaft“ genommen und in das KZ-Dachau gebracht. In seinem Büchlein „Ein Weg durch die Hölle“ beschrieb er 1946 seine Erlebnisse, die er als die „fürchterlichsten Wochen seines Lebens“ bezeichnete. Ein Kalenderblatt mit einem Shakespeare Zitat aus „Macbeth“ verleiht ihm Mut: „So lang ist keine Nacht / dass ihr nicht doch zuletzt ein Tag erwacht.“ Am 15. März 1943 wird er überraschend entlassen. Er schreibt, er habe diese Entlassung einer kleinen „Oppositionsgruppe gegen die Nazis in Reutlingen, deren Angehörige teilweise Mitglied der NSDAP waren“⁸ zu verdanken. Als er „in Reutlingen auf dem Bahnhof ankam, da

SPD schneidet Fritz Wandel weg

„Die Männer der ersten Stunde kamen aus der SPD - unbelastete, aufrechte Kämpfer für ein neues und sozial geordnetes Nachkriegsdeutschland.“ - so überschrieb die Reutlinger SPD das obenstehende Bild in einer Schrift zu ihrem 100-jährigem Bestehen. Allerdings waren auf dem Bild Kalbfell, Kern und Künzel zu dritt. Fritz Wandel wurde kurzerhand weggeschnitten („Wir lernen im Vorwärtsgehen“, IG-Metall Reutlingen, S. 521)

fiel mir ein Soldat um den Hals und nannte mich Vater. Ein Mädchen, das so groß war wie der Soldat, begrüßte mich gleichfalls als Vater.“ Als er fortgeholt worden war, waren seine Kinder zehn und vier Jahre alt: „Ich hätte schreien mögen vor namenloser Seelenqual.“

⁸ F. Wandel: Ein Weg durch die Hölle, S.46

Fortsetzung S.4

haben Staatsschulden einen Doppelcharakter: Die Reichen verdienen daran, alle müssen dafür bezahlen – also eine Umverteilung zugunsten der Reichen.

Ein Generationenproblem?

Die neoliberalen Ideologen möchten uns dagegen einreden, Staatsverschuldung sei ein Generationenproblem. Aber es werden sowohl die Belastungen der Bürger als auch die Zinsansprüche der Reichen vererbt. Es handelt sich also nicht um ein Generationenproblem, sondern um ein Verteilungsproblem.

Wichtig für die Bewertung der Schulden ist aber

gen herbeigeführte Verschuldung als angeblichen „Sachzwang“ nutzen, um weitere soziale Leistungen zu senken, Personalabbau und Lohndumping im öffentlichen Bereich voranzutreiben und öffentliche Daseinsvorsorge und Dienstleistungen immer weiter zu privatisieren. Abbau und marktorientierter Umbau des Sozialstaats sind das Kernprojekt der neoliberalen Politik.

In Wirklichkeit ist es die ungezügelt kapitalistische Marktwirtschaft mit ihren Gesetzmäßigkeiten selbst, die zu Krisen, Arbeitslosigkeit, sozialen und ökologischen Problemen führt und denen ein handlungsfähiger Sozialstaat und die Gewerkschaften entgegenwirken müssen. In der politischen Klasse und bei den Journalisten ist seit den 1980er Jahren die neoliberale Ideologie immer stärker geworden. Den Höhepunkt markiert die rot-grüne Agenda 2010 (mit den menschenverachtenden Hartz IV Gesetzen)



insbesondere, wofür die Mittel verwendet werden. Werden sie z.B. für militärische Abenteuer verbraucht, so sind sie weg und für die Zukunft nur eine Belastung. Werden damit jedoch Investitionen in die Infrastruktur, die regenerativen Energien oder die Bildung finanziert, so werden Potentiale für die Zukunft geschaffen, die sich selber mehr als refinanzieren und die Lebensqualität aller nachhaltig verbessern.

Wie und auf wessen Kosten soll jetzt die „Schuldenbremse“ gezogen werden?

Wie die geplanten weiteren Steuergeschenke für die Reichen zeigen, geht es nicht vorrangig darum, die Schulden abzubauen. Die Neoliberalen wollen die von ihnen selbst durch Steuersenkun-

im Jahr 2003. Seither ist - auch mit dem Aufkommen der LINKEN - der Widerstand gewachsen.

Die große Koalition aber plant weitere Einschnitte. Die öffentliche Ausgaben sollen um weitere gut zwei Prozentpunkte gekürzt werden. Das sind über 50 Milliarden Euro pro Jahr. So steht es im „Deutschen Stabilitätsprogramm“ der Bundesregierung vom Dezember 2007.

Welche Alternativen gibt es?

Der Sozialstaat muss so ausgestattet werden, dass er seine Leistung auch erbringen kann. Dazu sind Mehreinnahmen unabdingbar. Sie können durch ein Steuerprogramm, wie es die LINKE fordert (Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, erhöhter Spitzensteuersatz...) erreicht werden, ohne dass

dadurch die wirtschaftliche Entwicklung Schaden nehmen würde. Allein die Rücknahme der Steuergeschenke an die Reichen auf den Stand während der Kohl-Regierung würde jährlich Mehreinnahmen von ca. 70 Milliarden Euro erbringen!

Für eine wirklich aktive, Krisen bekämpfende Politik ist darüber hinaus ein grundsätzlicher Paradigmenwechsel in Richtung auf eine links-keynesianische antizyklische Wirtschaftspolitik notwendig. Diese beinhaltet zusätzlich zu den oben genannten Maßnahmen gezielte und sinnvolle Ausgabensteigerungen (z.B. ein Zukunftsinvestitionsprogramm – ZIP, das teilweise auch über neue Schulden finanziert werden kann) und Steuererleichterungen für Menschen mit niedrigem Einkommen (zur Steigerung der Inlandsnachfrage). Eine solche Politik, die der Mehrheit der Bevölkerung dient, muss heute gegen den Widerstand der neoliberalen Ideologen und ihrer Repräsentanten in den Parteien durchgesetzt werden. Gut ist, dass immer mehr Menschen unsere Positionen unterstützen, so dass es rechnerisch sogar schon eine rot-rot-grüne Mehrheit für diesen Politikwechsel gibt. Aber der Umorientierungsprozess in den Parteien geht langsam und widersprüchlich vor sich. Die Vertreter der alten ideologischen Positionen (z.B. Clement, Frau Metzger in Hessen) nutzen ihre Positionen und die verfestigten Strukturen in den Parteien, um diesen Umorientierungsprozess zu sabotieren. Wie konfliktreich dieser Prozess ist, zeigt nicht nur die demagogische Hetze der etablierten Kräfte gegen die LINKE, auch die SPD droht bei dieser Auseinandersetzung zu zerbrechen.

Grundsätzlich muß aber auch die Frage gestellt werden, ob selbst bei einer antizyklischen Wirtschaftspolitik die kapitalistische Ausrichtung der Wirtschaft und des Staates langfristig den Bedürfnissen einer nachhaltigen sozialen, ökologischen und friedlichen Gesellschaft gerecht werden kann.

stf

„Ich habe besser gelogen als die Nazis“

Doch lange ist er nicht in Freiheit. Er wird zur Gestapo-Hauptstelle in Stuttgart beordert, man will ihn mit Geld und der Angst um seine Familie zu Spitzeldiensten locken. Er macht das Spiel scheinbar mit. „Ich habe gelogen, dass sich die Balken bogen ... ich glaube, dass ich damals besser gelogen habe als die Nazis.“ Das ging einige Wochen gut, doch dann sagt ihm die Gestapo: „Wenn wir aus Ihnen keinen Lumpen machen können, dann machen wir eben aus Ihnen einen Soldaten.“ Er wurde in das „Strafbataillon 999“ gesteckt und

gehört am Kriegsende zu den wenigen, die dieses Bataillon überlebten. 1945 wurde er unter seinem ehemaligen Mithäftling und jetzigen Oberbürgermeister Oskar Kalbfell dessen „3. Stellvertreter“ und Leiter des Wohnungsamtes. Er wurde wieder Stadtrat der KPD und Vorsitzender der VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes). 1948 trat Wandel krankheitshalber als Leiter des Wohnungsamts zurück. Er war danach bei der Friedhofsverwaltung beschäftigt. Seine Frau Klara betrieb eine Gastwirtschaft (In Laisen 50). Wandel starb 1956.

Sein Büchlein „Ein Weg durch die Hölle – Dachau – wie es wirklich war“ erschien mit einer Auflage von 10 000 im Verlag Oertel & Spörer. Wandel hatte zuvor mündlich, u.a. im November 1945 in der überfüllten Bundeshalle, mit seinem Bericht „erschütternde Reaktionen“ ausgelöst, daraufhin erschien dieser in gedruckter Form. Das Buch ist in der Stadtbibliothek ausleihbar. Unverständlicherweise steht es dort nicht mehr in den Regalen zur Reutlinger Stadtgeschichte, es ist aber aus dem Magazin erhältlich.

P. Stary und H. Lange